

MORNING NEWS

5. Dezember 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	VERÄNDERUNG %	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	VERÄNDERUNG %	VORTAG
DAX	23.882,03	188,32	0,79	23.693,71	DJ 30	47.850,94	-31,96	-0,07	47.882,90
MDAX	29.597,02	270,83	0,92	29.326,19	NASDAQ	25.581,70	-24,84	-0,10	25.606,54
TEC DAX	3.582,72	22,59	0,63	3.560,13	Nikkei 225	50.427,77	-600,65	-1,18	51.028,42
Euro Stoxx50	5.718,08	23,52	0,41	5.694,56	Hang Seng	25.986,76	50,86	0,20	25.935,90
Bund Future	128,44	0,04	0,03	128,40	Euro / US-\$	1.1658	0,00	0,12	1.1644
Gold in US-\$	4.219,53	11,91	0,28	4.207,62	Öl (Brent) US-\$	63,16	-0,10	-0,16	63,26
Bitcoin / US-\$	91.988,07	-186,57	-0,20	92.175,09	Ethereum / US-\$	3.160,29	36,40	1,17	3.123,89

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	23.937	+55
NASDAQ Future	25.716,00	+93,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	VERÄNDERUNG %	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	210,55	0,40	0,00	210,15	245,47	1.706.668,00
Nokia OJ	5,28	-0,02	-0,00	5,30	6,16	13.079.435,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Auftragseingang Industrie (m/m)	Oktober	08:00	0,3% (1,1%)
D	Auftragseingang Industrie (y/y) WDA	Oktober	08:00	-2,4% (-4,3%)
EWU	Staatsausgaben (q/q)	Q3	11:00	0,6% (0,5%)
EWU	Haushaltskonsum (q/q)	Q3	11:00	0,1% (0,2%)
EWU	BIP (q/q), sb, Drittes	Q3	11:00	0,2% (0,2%)
EWU	BIP (y/y), sb, Drittes	Q3	11:00	1,4% (1,4%)
EWU	Beschäftigung (q/q), final	Q3	11:00	n/a (0,1%)
EWU	BIP (y/y), final	Q3	11:00	n/a (0,5%)
USA	Private Einkommen	September	16:00	0,3% (n/a)
USA	Private Ausgaben	September	16:00	0,3% (n/a)
USA	Verbrauchererwartungen Uni Michigan, vorab	Dezember	16:00	52,0 (51,0)
USA	Verbraucherkredite	Oktober	21:00	10,480 (13,093) Mrd \$

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,22 (1,25)	10-jährige Bonds	-0,359	4,10%
Volumen NASDAQ	7,44 (7,93)	30-jährige Bonds	-0,562	4,76%

(-)Vortag

Nach den **jüngsten Daten zum US-Arbeitsmarkt** fassen Anleger an der Wall Street Aktien nur mit spitzen Fingern an. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte baute seine anfänglichen Gewinne am Donnerstag bald wieder ab und schloss mit

47.851 mehr oder weniger unverändert. Der breiter gefasste S&P 500 und der Index der Technologiebörsen Nasdaq schlossen mit 6857 und 23.505 Zählern minimal fester.

Die Erstanträge auf US-Arbeitslosenhilfe fielen in der Vorwoche mit 191.000 so niedrig aus wie seit über drei Jahren nicht mehr. Dies linderte zwar Sorgen der Anleger über den Zustand der US-Wirtschaft. Zugleich schrumpften die Zahlen neue Zweifel am weiteren geldpolitischen Kurs der US-Notenbank Fed. Die Währungshüter versuchten, mit erhöhten Zinsen die Inflation einzudämmen, ohne die Konjunktur abzuwürgen. "Alle warten nicht nur darauf, dass die Fed die Zinsen senkt, sondern vor allem darauf, welchen künftigen Kurs sie dabei signalisiert", sagte Max Wasserman, Portfoliomanager bei der Investmentfirma Miramar.

Allerdings tappten die Investoren weiter im Dunkeln, was die nächste nachhaltige Bewegung an den Aktienmärkten angehe, schrieben die Strategen von ActivTrades. Stimmungstrübend seien unter anderem ausbleibende Fortschritte im zähen Ringen um einen Frieden in der Ukraine, die die Energiepreise am Donnerstag erneut nach oben zogen. Die Nordsee-Rohölsorte **Brent** und US-Leichtöl **WTI** verteuerten sich um jeweils gut ein Prozent auf 63,35 und 59,76 Dollar je Fass (159 Liter).

Anleger warten zudem auf die Veröffentlichung des PCE-Index für September am Freitag. Dabei handelt es sich um ein für die Fed wichtiges Inflationsmaß, das auf die persönlichen Ausgaben der Konsumenten bezogen ist. Das Barometer dürfte laut Experten im September um 2,8 Prozent zum Vorjahr gestiegen sein, nach 2,7 Prozent im August.

Im Rampenlicht bei den Einzelwerten stand unter anderem **Snowflake** mit einem Kursrutsch von mehr als elf Prozent. Die Experten der Scotiabank bezeichneten den Geschäftsbericht des Datenspezialisten als "nicht außergewöhnlich genug".

Nach unten ging es auch für **Amazon**, die 1,4 Prozent einbüßt. Der Onlinehändler will einem Medienbericht zufolge im Zuge des Ausbaus seines eigenen Zustellnetzes seine langjährige Zusammenarbeit mit der US-Post beenden.

Anleger griffen hingegen bei **Dollar General** zu, was die Titel um 14 Prozent ins Plus hievt. Der Einzelhändler rechnet nach einem starken dritten Quartal mit einem höheren Jahresgewinn.

Auch **Salesforce** konnte mit einer Prognoseanhebung bei Anlegern punkten. Die Titel des SAP-Rivalen rückten um knapp vier Prozent vor.

Gefragt waren auch **Meta**. Die Facebook-Mutter wolle bis zu 30 Prozent weniger in die virtuelle Welt Metaverse investieren, berichtete die Agentur Bloomberg unter Berufung auf Insider. Die Titel kletterten um 3,4 Prozent.

GE Vernova legten 4,5 Prozent zu. Der Solar- und Windenergiespezialist Greenvolt hat dem Energieanlagenbauer den Zuschlag für den Bau von 42 Windturbinen in Rumänien erteilt, wie die Unternehmen mitteilten.

Marktmeldungen

Bund und Länder haben ein **umfassendes Paket** von mehr als 200 Maßnahmen beschlossen, mit denen der **Umgang der Bürger und der Unternehmen mit dem Staat** radikal vereinfacht werden soll. "Das ist ein wirklich großer Wurf, der uns hier gelungen ist", sagte Bundeskanzler Friedrich Merz am Donnerstagabend nach dem Treffen mit den 16 Ministerpräsidenten im Kanzleramt. Der rheinland-pfälzische Landeschef und Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Alexander Schweitzer, sprach von "einem der größten Modernisierungspakete von Bund und Ländern der letzten zehn Jahre". Allerdings wurde die Frage, ob der Bund Länder und Kommunen künftig für Folgewirkungen seiner Gesetze entlasten soll, auf eine Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz im ersten Quartal 2026 verschoben (Reuters).

Bundeskanzler Friedrich Merz hat die Latte für die **Rentenabstimmung** am Freitag im Bundestag für die schwarz-rote Koalition hoch gelegt: "Wir haben 630 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Die Mehrheit ist 316. Wir haben 328", sagte der CDU-Vorsitzende am Donnerstagabend in Berlin. "Und ich würde mir ein Ergebnis wünschen zwischen 316 und 328."

Er denke, dass dies nach allen Gesprächen, man mit den Kolleginnen und Kollegen in der Bundestagsfraktion geführt habe, auch erreicht werde (Reuters).

Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas hat sich gegen den Vorwurf der Wirtschaftsfeindlichkeit gewehrt und um das **Vertrauen von Unternehmen und Handwerk** geworben. Sie sei viel unterwegs und kenne "ganz viele, auch Handwerker, kleine Betriebe, Mittelständler", die jeden Tag darum kämpften, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten, sagte Bas am Donnerstagabend in der *ZDF-Sendung "Maybrit Illner"*. Die Regierung helfe den Unternehmen mit der Strompreisbremse oder der Umsatzsteuerreform. Zudem habe sie sich in Formaten wie dem Stahl- oder Automobilgipfel für die Industrie eingesetzt und spreche regelmäßig mit Personalvorständen von DAX-Konzernen sowie mit Betriebsräten.

Die **Bundeswehr** soll besser gegen **Spionage und Sabotage** geschützt werden. Der Bundestag beschloss am Donnerstagabend eine **Gesetzesnovelle** für den Militärischen Abschirmdienst (MAD), um die Truppe besser gegen solche Bedrohungen zu sichern. Die Bundeswehr sei vermehrt Angriffsziel, heißt es in der Begründung des Gesetzes. Zudem sei es weiterhin notwendig, Extremisten konsequent aus der Truppe zu entfernen, um deren Funktionsfähigkeit zu gewährleisten. Eine neue "Verfassungstreueprüfung" wird die bisherigen Verfahren bei der Sicherheitsüberprüfung von Bewerbern ablösen. Die Bundesregierung will damit das Einstellungsverfahren erheblich beschleunigen und verbessern, da die Truppe in den nächsten Jahren stark wachsen soll (Reuters).

Das **Bündnis Sahra Wagenknecht** ist im **Wahlprüfungsausschuss des Bundestags** mit dem Anliegen gescheitert, die Stimmen der Bundestagswahl vom Februar neu auszählen zu lassen. Die Mehrheit im Ausschuss hält die Einsprüche des BSW für unbegründet, wie der Vorsitzende Macit Karaahmeto?lu (SPD) in Berlin mitteilte. Die AfD wurde überrascht. Als nächstes ist das Plenum des Bundestags am Zug. Folgt die Mehrheit dort wie erwartet dem Votum des Ausschusses, will das BSW klagen. Das letzte Wort dürfte also das Bundesverfassungsgericht haben (dpa/AFX).

Bundeskanzler Friedrich Merz hat **US-Pläne** deutlich zurückgewiesen, **das in der EU eingefrorene russische Staatsvermögen** an die USA auszuzahlen. "Dieses Geld muss der Ukraine zufließen", sagte Merz am Donnerstagabend in Berlin. Man müsse der von Russland überfallenen Ukraine über den Winter helfen und möglicherweise für die nächsten zwei bis drei Jahre finanzieren. "Dazu brauchen wir Mittel. (...) Das ist eine europäische Angelegenheit und ich sehe keine Möglichkeit, in irgendeiner Form ökonomisch das Geld, das wir dann mobilisieren, den Vereinigten Staaten von Amerika zukommen zu lassen. Und das weiß die amerikanische Regierung", betonte der Kanzler (Reuters).

Bei einem **ukrainischen Drohnenangriff** ist die Hafeninfrastruktur in der russischen Stadt **Temrjuk** am Asowschen Meer nach Behördenangaben beschädigt worden. "Ein Feuer ist ausgebrochen. Spezialeinheiten und Rettungsdienste sind vor Ort im Einsatz", teilt das örtliche Katastrophenschutzzentrum auf dem Kurznachrichtendienst Telegram mit. Das **russische Verteidigungsministerium** gibt seinerseits bekannt, die Luftabwehr habe in der Nacht 41 **ukrainische Drohnen** abgefangen und zerstört, darunter eine über der Region Krasnodar (Reuters).

Das **ukrainische Militär** hat eigenen Angaben zufolge eine große **Chemiefabrik** in der Region **Stawropol** im Süden Russlands angegriffen und einen Brand ausgelöst. Der Generalstab der Streitkräfte teilte auf Telegram mit, das Werk Nevinnomyssky Azot sei in der Nacht getroffen worden und fügte hinzu, dass die Anlage Komponenten für Sprengstoffe herstelle. Es handele sich um eine der größten Anlagen dieser Art in Russland. Bisher gab es keine unmittelbare Reaktion der russischen Behörden auf den Vorfall (Reuters).

In **Tschechien** will der designierte **Regierungschef** Andrej Babis sein **Firmenimperium** in eine **Stiftung** überführen, um zum Ministerpräsidenten ernannt werden zu können. Das kündigte Babis am Donnerstag an. Präsident Petr Pavel hatte erklärt, er sei bereit, den Milliardär zu ernennen, sobald dieser darlege, wie er den Interessenkonflikt als Regierungschef und Eigentümer eines Wirtschaftsmonopols zu lösen gedenke. "Ich habe beschlossen, die Firma Agrofert unumkehrbar aufzugeben, mit der ich nichts mehr zu tun haben und die ich nie wieder besitzen werde", erklärte Babis in einer Videobotschaft auf Facebook. Damit komme er der Aufforderung des Präsidenten nach (Reuters).

Die **US-Regierung** will ihr **Einreiseverbot** auf mehr als 30 Länder ausweiten. Dies kündigte Heimatschutzministerin Kristi Noem am Donnerstag (Ortszeit) an. "Ich werde die Zahl nicht genau nennen, aber es sind mehr als 30, und der Präsident prüft fortlaufend weitere Länder", sagte sie in einem Interview des Senders *Fox News*. Noem begründete den Schritt mit Sicherheitsbedenken. Länder ohne stabile Regierung könnten nicht ausreichend bei der Überprüfung von Einreisewilligen helfen. Trump hatte im Juni ein Dekret unterzeichnet, das Bürgern aus zwölf Ländern die Einreise in die USA verbietet und die Einreise aus sieben weiteren Ländern einschränkt (Reuters).

Der **Handelsbeauftragte der USA**, Jamieson Greer, hat sich für einen geringeren und ausgewogeneren **Handel mit China** ausgesprochen. Ein Rückgang des Warenhandels mit China um 25 Prozent gehe in die richtige Richtung, sagte Greer auf dem American Growth Summit, einer Konferenz in Washington. "Das Ziel im Umgang mit China ist, dass unser Handel ausgewogener sein muss. Er muss wahrscheinlich kleiner ausfallen, damit wir nicht so abhängig voneinander sind, und er sollte sich auf Bereiche unkritischer Güter konzentrieren", so Greer. Niemand wolle einen umfassenden Wirtschaftskonflikt mit China, erklärte er weiter (Reuters).

Der **chinesische Drohnenhersteller DJI** hat vom **US-Kongress** und der **amerikanischen Regierung** am Donnerstag einen zügigen Abschluss einer Sicherheitsüberprüfung oder eine Verlängerung der Prüfungsfrist bis zum 23. Dezember gefordert. Andernfalls droht dem weltgrößten Drohnenhersteller die Aufnahme in die sogenannte "**Covered List**" der US-Kommunikationsbehörde FCC, was einem Verkaufsverbot für neue Modelle in den USA gleichkäme (Reuters).

Die **Präsidenten** der **Demokratischen Republik Kongo** und **Ruandas** haben am Donnerstag in Washington ein **Friedensabkommen** unterzeichnet, obwohl die **Kämpfe in der Region** weitergehen. Felix Tshisekedi für den Kongo und Paul Kagame für Ruanda bekräftigten damit einen bereits im Juni vereinbarten, aber bislang nicht umgesetzten Friedensplan. Demnach sollte der Kongo gegen die Hutu-Miliz FDLR vorgehen, während Ruanda seine Truppen abziehen sollte. Bei beidem wurde Beobachtern zufolge jedoch kaum ein sichtbarer Fortschritt erzielt. Die Vereinbarung wurde inmitten von Berichten über neue Gefechte zwischen der kongolesischen Armee und den von Ruanda unterstützten M23-Rebellen unterzeichnet (Reuters).

Die **japanischen Privathaushalte** haben im Oktober unerwartet weniger Geld ausgegeben und damit die Spekulationen über eine baldige Zinserhöhung gedämpft. Die **Ausgaben** sanken um drei Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, wie die Regierung mitteilte. Volkswirte hatten dagegen mit einem Anstieg von einem Prozent gerechnet. Auch im Vergleich zum Vormonat gingen die Ausgaben mit 3,5 Prozent überraschend stark zurück. Die Daten gelten als wichtiger Indikator für die japanische Notenbank (BOJ), die darüber entscheiden muss, ob sie noch im Dezember die Zinsen anhebt oder damit bis zum kommenden Jahr wartet. Anhaltend hohe Inflation und ein schwacher Yen hatten zuletzt die Erwartung einer Zinserhöhung geschürt (Reuters).



privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2025 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

